Einzelpreis 40 Pfg. für Groß-Berlin 50 Pfg. für auswärts • 5. Jahrg. Montag, 6. März 1922 Nummer 110 • Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt", „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Monat März 45.— M., im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 55.— M., für das übrige Ausland 77.— M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 10.— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen nach Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 7.— M. zweite pro Zeile. Stellen-Gesuche in Worte-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1.— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 36—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Beilegung der englischen Regierungskrise

Kompromiß innerhalb der Regierungskoalition

London, 6. März (Intel.).

Lloyd George ist gestern nachmittag nach London zurückgekehrt, ohne daß die angekündigte Konferenz mit den unionistischen Ministern in Chequers stattgefunden hätte. Dagegen fand abends in der Wohnung des Lord Birkenhead eine Besprechung mit den unionistischen Ministern statt, deren Ergebnis die vorläufige Beilegung der Krise zu sein scheint. Die unionistischen Minister haben der Demission Lloyds Georges nicht zugestimmt, da sie nicht in der Lage sind, ohne ihn die Regierungsgeschäfte zu führen. Der Stimmung der großen Masse der unionistischen Anhänger entsprechend, die der Politik Lloyd Georges müde sind, bleibt aber der Haupteinpeitscher der Unionisten, Sir Younger, dessen Haltung zu den hauptsächlichsten Ursachen der Regierungskrise gehörte, trotz des Ultimatums Lloyd Georges Präsident der unionistischen Organisation, was eine unzweifelhafte Niederlage des Ministerpräsidenten bedeutet.

Nach den vorliegenden Meldungen scheint es festzustehen, daß die Regierungskrise in England vorläufig behoben ist. Es scheint den konservativen Ministern gelungen zu sein, Lloyd George überzeugende Zusicherungen dafür zu geben, daß ihre Partei der Fortsetzung seiner Ministerpräsidentenschaft keine Schwierigkeiten in den Weg legen werde. Trotzdem trifft es zu, was die „Sunday Times" schreibt, daß die Koalition zwar für den Augenblick ausgeflickt sei, aber ein kranker Mann bleiben werde. Dies Urteil trifft um so mehr zu, als der Hauptgegner Lloyd Georges, Sir George Younger, „amnestiert" wird und der Leiter der konservativen Wahlagitation bleibt. Die Annahme liegt nahe, daß der scharfe Konflikt innerhalb der englischen Regierungskoalition nur deshalb auf dem Wege eines Kompromisses beigelegt worden ist, weil sowohl die Koalitionsliberalen wie die Konservativen vor der Verantwortung zurückschrecken, kurz vor der Konferenz in Genua einen Bruch der Regierungskoalition herbeizuführen.

Trotz des sich anbahnenden Kompromisses bleibt jedoch die politische Lage in England vollkommen ungeklärt. Die konservativen Führer, die den Kampf gegen Lloyd George eröffnet haben, können nun nicht mehr zurück. Sie werden vielleicht die äußeren Formen dieses Kampfes mildern, aber ihr Ziel bleibt bestehen, eine reinliche Trennung von den Koalitionsliberalen herbeizuführen. Dieses Bestreben ist übrigens nicht allein für die Konservativen charakteristisch. Auch in den Reihen der übrigen Parteien macht sich immer deutlicher der Wunsch bemerkbar, der widernatürlichen politischen Paarung, die sich aus den Khaki-Wahlen vom Dezember 1918 ergab, den Garaus zu machen. In den Reihen der englischen Arbeiterklasse sieht man dieser Entwicklung mit Zuversicht entgegen. Die wirtschaftlichen Nöte des Landes und die daraus sich ergebende Zuspitzung der Klassengegensätze führen immer mehr dahin, daß die politischen Formeln der miteinander verkoppelten Parteien ihre Wirkung verlieren und daß dem Klassenkampf des Proletariats freie Bahn geöffnet wird.

Die Presse zur Regierungskrise

London, 5. März.

Die Ausführungen der Sonntagspresse lassen auf ein zeitweiliges Nachlassen der innerpolitischen Krise schließen.

Observer sagt, nachdem Chamberlain am Freitag abend dem Premierminister die Loyalität der Konservativen zum Ausdruck gebracht habe, sei die Krise diese Woche vorübergegangen. **Der Weg sei jetzt frei bis zur nächsten Krise, die kommen müsse.** Es würde aber viel besser sein, Genua noch um einen Monat zu verschieben und vorher Neuwahlen vorzunehmen. Der britische Staatsmann, der die Politik von Genua einleite, müsse in der Lage sein, sie fortzusetzen. Niemand sei für dieses Werk so geeignet, wie Lloyd George. Aber zuerst müßten er und Europa wissen, ob Großbritannien wirklich hinter ihm stehe. Wenn Lloyd George als der akkreditierte Vertreter Englands nach einer Auflösung des Parlaments nach Genua gehen könnte, so würde sein Einfluß im Auslande ungeheuer gestärkt werden. Neuwahlen würden die Stärke der überzeugten Anhänger der Politik von Genua im Parlament außerordentlich vermehren. Observer weist darauf hin, daß die französische Presse bei ihrer Beurteilung der britischen Angelegenheiten „ihren gewohnten Mangel an Einsicht" beweise. Sie begrüße das Kommen einer konservativen Regierung, ohne sich darüber klar zu sein, daß, wenn Lloyd George zurücktrete, der gesamte Plan einer Sonderentente mit Frankreich wahrscheinlich erstickt werden würde durch Neuwahlen, die bald eine andere Art von Regierung ans Ruder bringen würden.

Sunday Times schreibt, die politische Krisis sei zeitweise vorüber. Angesichts der einmütigen Vorstellungen seiner Kollegen werde Lloyd George vorläufig nicht zurücktreten. **Die Koalition sei für den Augenblick ausgeflickt, sie werde jedoch ein kranker Mann bleiben.** Es sei wahrscheinlich, daß die Neuwahlen bis zum Herbst verschoben würden.

Die Arbeiter für allgemeine Wahlen

London, 6. März.

Der Arbeiterführer Thomas sprach gestern in Birkenhead über die innere Lage und erklärte, er hoffe, daß die politische Krisis unmittelbar zu allgemeinen Wahlen führen werde. Das Land bedürfe mehr denn je einer Regierung, die den Willen des Volkes widerspiegele. Thomas wandte sich gegen den Klassenkampf, indem er ausführte, nichts könne der Arbeiterpartei oder irgendeiner anderen Partei, die eine Regierung bilden wolle, schädlicher sein als zu erklären, daß ihre Politik zugunsten einer besonderen Bevölkerungsklasse gerichtet sei. Thomas fügte hinzu, die schwere Krisis, die die Schiffsbauindustrie bedrücke, müsse die Regierung veranlassen, eine unparteiische Untersuchung der Lage vorzunehmen. Die Gewerkschaften seien mit einem solchen Vorgehen einverstanden.

Kapp stellt sich dem Reichsgericht

Er verlangt Verschonung von der Untersuchungshaft

Wie ein Berliner Mittagsblatt meldet, haben die „Dresdener Nachrichten" vom Führer des Märzputsches 1920, Wolfgang Kapp, folgendes Schreiben erhalten:

Schweden, 1. März.

Mit der Bitte um Veröffentlichung dieser Zuschrift teile ich der verehrlichen Schriftleitung ergebenst mit, **daß ich heute dem Reichsgericht meine Bereitwilligkeit erklärt habe, mich unter Leistung einer Sicherheit von hunderttausend Mark gegen Gewährung freien Geleits und Verschonung von der Untersuchungshaft zu stellen.** Grundsätzlich stehe ich nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine Regierung, die den Besitz der Macht lediglich einem tatsächlich begangenen Hoch- und Landesverrat verdankt, weder das Recht hat, über Hochverrat zu Gericht zu sitzen, noch irgendwelchen Anspruch darauf erheben darf, daß ein durch sie des Hochverrats Bezichtigter Recht bei ihr suche. Obwohl mir eine Ausfertigung der gegen Regierungspräsident v. Jagow ergangenen Reichsgerichtsentscheidung vom 21. Dezember 1921 noch nicht vorgelegen hat, entnehme ich doch dem mir inzwischen darüber bekannt gewordenen Inhalt, daß ein Fehlspruch des Gerichts vorliegt. Herr v. Jagow ist nach meiner Ueberzeugung mit Unrecht zu langjähriger Freiheitsstrafe verurteilt. Die gegen ihn ergangene Entscheidung ist endgültig. Da mir aber aus derselben Veranlassung die gleiche Handlung zur Last gelegt wird, wie die, derentwegen Herr v. Jagow verurteilt worden ist, so übt ein neues, gegen mich durchgeführtes Verfahren tatsächlich dieselbe Rechtswirkung aus, **als fände eine Revision des Jagow-Prozesses statt. Ehre und Gewissen gebieten mir daher, für den Verurteilten einzutreten.** Demgegenüber haben alle grundsätzlichen Erwägungen, die mich bisher von einer Selbststellung abgehalten haben, zu schweigen. **General Freihert v. Lüttwitz und die anderen im Ausland befindlichen Herren, die am Märzunternehmen beteiligt gewesen sind, werden dem natürlichen Antrieb ihrer vornehmen Gesinnung entsprechend, den Wunsch hegen, meinem Beispiel zu folgen und gleichzeitig mit mir in Leipzig zu erscheinen.** Sie alle bitte ich dringend, hiervon Abstand zu nehmen und mir als politischem Haupt des Märzunternehmens in diesem Falle den Vortritt zu lassen. Aus ähnlichen Gründen, wie sie jetzt für mein Vorgehen maßgebend sind, können sie sich später immer noch stellen, falls sie dies dann noch für geboten erachten. Ihre Interessen werden von mir in Leipzig, ohne ihrer etwaigen künftigen Stellungnahme irgendwie vorzugreifen, als wären es meine eigenen, wahrgenommen werden.

(gez.) Wolfgang Kapp,
Königlich preußischer Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat.

Der Zweck dieses Kapp-Briefes ist ganz offenbar, eine Wiederaufrollung des ganzen Prozesses zu veranlassen. Erinnert man sich, daß auch Jagow fieberhaft an einer Neuauflage des Prozesses hinarbeitet, so wird klar, daß hier ein Einvernehmen vorliegt. Nun könnte es sympathisch berühren, daß Kapp, im Gegensatz zu der schlotternden Angst seiner Mitverschworenen, sich freiwillig dem Reichsgericht stellt. Aber es mutet doch seltsam an, daß derselbe Kapp, der in einem Brief, den er im September 1920 an den Grafen Westarp schrieb, sich mit Verachtung über die Absicht seiner Komplizen aussprach, den wirklichen Tatbestand zu verdunkeln und sich mit möglichst heiler Haut aus der Affäre zu ziehen, jetzt Herrn von Jagow beispringt, der doch gerade die von ihnen verurteilte Taktik vor Gericht ausgiebig anwandte.

Die Annahme, daß es sich bei dem Brief Kapps um ein unter den Beteiligten vorherbesprochenes Vorgehen handelt, wird auch durch den Passus bestätigt, der sich an die Herren Lüttwitz, Bauer u. Co. richtet. Abgesehen davon, daß wir selbstverständlich nicht überzeugt sind, daß diese Kämpen nun durch Kapps Beispiel veranlaßt werden könnten, sich ihrer Verantwortlichkeit nicht weiter zu entziehen, gibt uns dieser Teil des Kapp-Briefes vielmehr den Eindruck, daß man sich vorher genau über die Verteilung der Rollen bei der neuen Komödie geeinigt hat.

Man darf gespannt sein, wie sich das Reichsgericht zu dem Ansinnen Kapps stellt, insbesondere zu der Forderung auf Befreiung von der Untersuchungshaft.

Beamte und Arbeiter

Von Hanns-Erich Kaminski

Die Probleme, die sich aus der Stellung der Beamten gegenwärtig ergeben, sind durch die letzten Ereignisse der weitesten Oeffentlichkeit offenbar geworden, aber es wird niemand behaupten können, daß sie eine wirkliche Lösung gefunden haben. Einige Bemerkungen über die historische Tendenz des Beamtentums sind vielleicht geeignet, zur Klärung dieser ernsten und wichtigen Frage beizutragen.

Die rechtliche Lage der Beamtenschaft ist in ihrer heutigen Form ein Produkt des Frühkapitalismus, und allein diese Tatsache müßte genügen, um von der Ueberlebtheit mancher Grundsätze zu überzeugen. In der Feudalwirtschaft gab es in unserem Sinne eigentlich überhaupt keine Personen im öffentlichen Dienste. Die Verwaltungsfunktionen wurden durch die einzelnen Lehnsherren in ihrem Machtbereich ausgeübt, und ihre Besoldung und soziale Stellung ergaben sich aus ihren Herrschaftsgebieten. Durch die fortschreitende Entwicklung gelangten allmählich größere Territorien zur Ausbildung, deren Regenten nun die Verwaltung vereinheitlichen und die Justiz auf eine allgemeinere Grundlage stellen mußten, um den Erfordernissen der sich ausdehnenden Warenwirtschaft Rechnung zu tragen. Noch bis tief in das 19. Jahrhundert und in Preußen beinahe bis auf den heutigen Tag, behielten die Gutsherren öffentliche Funktionen, aber daneben wurden immer mehr Personen notwendig, die ihre gesamte Tätigkeit dem Staate zur Verfügung stellten. Waren es zunächst Hofbeamte des Herrschers gewesen, die diese Obliegenheiten erfüllten, also nach heutigem Begriffe eigentlich nur höhere Beamte, so reichte nunmehr deren Zahl nicht mehr aus, und man mußte einen weiteren Kreis, der immer mehr wuchs, beschäftigen.

Das ökonomische Uebergewicht der Grund- und Gutsherren, das den Staat seinen Interessen unterjochte, zwang dazu, die wichtigsten Posten nur mit Angehörigen dieser Klassen zu besetzen. Sofern das nicht mehr möglich war, mußten die Beamten wenigstens aus den unterdrückten Schichten, denen sie entstammten, herausgehoben werden und eine gehobene Stellung erhalten. Sie durften nicht mehr private Interessen, womöglich gar der Ausgebeuteten, wahrnehmen, sondern sie mußten Organe des Staates werden, der natürlich nie als ein Instrument der Besitzenden, sondern als etwas Losgelöstes, Unparteiisches erschien. Die Beamten wurden „Diener des Staates", d. h. Menschen mit einer fingierten Objektivität, die in Wirklichkeit natürlich nur ein Schutz der Vorteile der herrschenden Klassen war.

Als nach dem Siege der Bourgeoisie in den Revolutionen in England und Frankreich die angebliche Gleichheit vor dem Gesetz allmählich zum allgemein anerkannten wenn auch praktisch nicht befolgten Grundsatz wurde, erhielt die Auffassung von den Beamten als sozusagen abstrakten Wesen neue Nahrung, indes auf der anderen Seite ihre soziale Sonderstellung befördert wurde. Sie erhalten lebenslängliche Anstellung, Pensionsberechtigung bei eintretender Arbeitsunfähigkeit, während durch ein besonderes Recht, das Disziplinarrecht, sich der Staat Bestrafungen und Entlassungen vorbehielt. In Deutschland und hauptsächlich in Preußen kam noch als Köder ein raffiniertes System äußerlicher Bevorrechtung hinzu — noch heute ist die Beleidigung eines Beamten ein schwereres Delikt als die Beleidigung eines gewöhnlichen Sterblichen — das auf die Dummheit und die Eitelkeit mit Hilfe von Uniformen, Rangabzeichen, Titeln und Orden spekulierte.

Zwei Tatsachen jedoch kennzeichnen die Stellung der Beamten als überlebt und den Verhältnissen nicht mehr entsprechend.

Einmal hat sich die Zahl der Beamten soweit ausgedehnt, daß von allgemeinen wirtschaftlichen Vorteilen für sie nicht mehr die Rede sein kann, und die gegenwärtige Teuerungsperiode hat diese Entwicklung nur rascher und mit besonderer Deutlichkeit klargestellt. Die Beamten sind längst Proletarier geworden, die dem Besitzer der Produktionsmittel, in diesem Falle dem Staate, als einzelne Person hilflos gegenüberstehen, ohne den Marschallstab des Reichtums im Tornister zu tragen. Die Möglichkeit, Vorteile zu erlangen, liegt für sie ebenso wie für die übrigen Proletarier nur noch in der Koalition, und im Kampfe mit dem Arbeitgeber bleibt ihnen gar nichts anderes übrig, als sich aller Mittel der Koalition, also auch der gemeinsamen Arbeitseinstellung, des Streiks, zu bedienen.

Zum andern aber entwickelt sich die Stellung der freien Arbeiter in einer Weise, die auf eine zunehmende Angleichung an die Beamtenrechte, ja darüber hinaus tendiert. Diese Tendenz der Publizität ist überhaupt ein Merkmal unserer Zeit, die auf die Vergesellschaftung der Produktionsmittel hindrängt. Sie läßt sich auf allen Gebieten, der Ernährung, der Erziehung, der Hygiene, der Justiz beobachten, und sie kommt am allerklarsten in der Stellung der Arbeiter zum Ausdruck, die der privaten Sphäre des einzelnen fortschreitend entrückt wird. Ebenso wie der Beamte ein durch das Gesetz bestimmtes Gehalt bezieht, schließt heute der

Arbeiter nicht mehr für sich allein einen Vertrag, sondern er erhält seinen Lohn nach einem Kollektivvertrag, dem Tarif. Er findet diesen Vertrag bei Eintritt in eine Stellung fertig als objektive Ordnung vor, genau wie der Beamte die durch das Gesetz bestimmte Besoldungsordnung. Ebenso wie der Beamte seine Pension, erhält heute der Arbeiter Beträge aus den Alters- und Invalidenversicherungen und gegebenenfalls der Arbeitslosenunterstützung. Daß der Beamte höhere Beträge erhält, ist kein Beweis gegen die Tendenz, die in dieser Angleichung zum Ausdruck gelangt.

Ein Unterschied liegt noch in der Entlassung, aber auch hier zeigt sich, wie beide Kategorien die gleichen Ziele haben. Das Disziplinarrecht ist in Wirklichkeit doch nur ein schwacher Schutz gegen die Willkür der höheren Beamten, deren soziale Interessen ganz anderer Natur als diejenigen der Beamtenmassen sind. Oft genug wird es sogar zu einer Waffe des Vorgesetzten zum Zwecke der Entfernung eines Beamten. Ebenso sind die Vorschriften des Betriebsrätegesetzes über das Mitbestimmungsrecht bei Entlassungen noch von äußerster Unvollkommenheit. Der Schutz gegen willkürliche Entlassung, der den Beamten durch den lebenslänglichen Vertrag gegeben ist, wird aber durch das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrätegesetzes und durch die Bestimmungen anderer Verordnungen im Prinzip auch den Arbeitern zugestanden. Beide Gruppen sind schließlich völlig rechtlos in bezug auf die Einstellungen und die Betriebsleitung. Beide Gruppen müssen also auch hierin eine Erweiterung ihrer Rechte auf der gleichen Linie erstreben.

Gemeinsame Ziele lassen sich nur erreichen im gemeinsamen Kampf. Die Beamten müssen sich bewußt werden, daß sie in ihrer Masse längst Proletarier geworden sind, nicht nur mehr Organe der durch den Staat sanktionierten Ausbeutung, sondern selber Ausgebeutete. Ihre materielle Notlage zwingt sie in den Klassenkampf der Enteigneten, deren Ziel ihre Aufhebung als unterdrückte Klasse und die Ausübung ihrer öffentlichen Funktionen auch im eigenen Interesse sein muß. Aus der Gleichheit ihrer Entwicklung, aus der Gemeinschaft ihrer Marschrichtung, erwächst ein neuer Typus, den man vielleicht als Sozialbürger bezeichnen kann.

Keine Einstellung der Ratenzahlungen

Das Pariser „Journal" hatte eine Meldung wiedergegeben, wonach der Reichsfinanzminister bei Anlaß der Dekadenzahlung im Betrage von 31 Mill. Goldmark für Reparationen dem Berliner Vertreter der Reparationskommission Haguenin erklärt, die Reichsregierung werde sich bald außerstande sehen, diese Dekadenzahlungen fortzusetzen.

Dazu wird der Korrespondenz Simon von zuständiger Seite mitgeteilt, daß die Reichsregierung die provisorischen Ratenzahlungen an die Reparationskommission auch künftig bis zur endgültigen Regelung pünktlich ausführen wird. Die Zeitungsmeldungen, wonach ein neues deutsches Stundungsgesuch beabsichtigt sei, entsprechen nicht den Tatsachen.

Die Kontrollkommissionen in Deutschland

Paris, 4. März.

Die Botschafterkonferenz, die heute nachmittag unter Vorsitz Jules Cambons zusammentrat, beschäftigte sich mit der Frage der Organisation der Kontrollkommissionen in Deutschland. Marschall Foch und General Weygand nahmen an der Sitzung teil. Nach dem „Petit Parisien" ist es auch in dieser Sitzung zu keiner Entscheidung gekommen. Die Konferenz hat ergänzende Auskünfte vom Interalliierten Militärausschuß in Versailles eingefordert.

Die Geschäftsführer der „Freiheit". Die „Rote Fahne" behauptet, die beiden Geschäftsführer der „Freiheit", die Genossen Küter und Budde seien aus der U. S. P. ausgeschlossen worden. Die Horcher des Blattes haben auch diesmal falsch berichtet. Richtig ist nur, daß nach der endgültigen Reorganisation des „Freiheit"-Geschäfts ein Ausschlußverfahren gegen die Genossen eingeleitet werden soll, von dem wir nur hoffen können, daß die beiden unangetastet daraus hervorgehen mögen.

Reichsmietengesetz und Reichstag

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung

Nach der endgültigen Feststellung haben sich an der Abstimmung über das Reichsmietengesetz 374 Abgeordnete beteiligt. Fünf Stimmen waren ungültig. Mit ja stimmten 203 und mit nein 165 Abgeordnete.

Die U. S. P.-, S. P. D.-, K. A. G.- und K. P. D.-Fraktionen stimmten geschlossen für das Gesetz.

Die Deutschnationalen, die Volksparteiler und die vier Bayrischen Bauernbündler stimmten geschlossen dagegen.

Von der Bayerischen Volkspartei — die 20 Mitglieder zählt — stimmten nur die drei Arbeitersekretäre Daud, Schirmer und Schwarz (Oberbayern) mit ja.

Die Hausbesitzer, Grundstücksspekulanten, Landwirte und die Industriellen des Zentrums stimmten gegen das Gesetz; 28 Zentrums„männer" stimmten nicht mit ab. Es stimmten mit nein: Allekotte, Baumann, Blum, Borneseld, Ellmann, Busch, Corlshorn, Damm, Feilmayer, v. Guerard, Herbert, tom Hempel, Janebra, Dr. Kaas, Neyses, Schulte (Breslau), Schulz-Gahmen, Veltin, Esser und Machens.

Mit ja stimmten: Becker (Arnsberg), Dr. Bell, Ersing, Fehrenbach, Dr. Fleischer, Dr. Fortmann, Giesberts, Herold, Dr. Höfle, Imbusch, Joos, Koch (Essen), Lang-Hegermann, Marx, Naden, Rheinländer, Schwarz (Hessen), Dr. Spahn, Stegerwald, Tremmel, Wieber und Dr. Wirth.

Die Demokraten fühlten sich ganz als die berufenen Vertreter der Wohnungswucherer und Grundstücksspekulanten und stimmten demzufolge fast geschlossen gegen das Gesetz. Mit ja stimmten nur: Barth, Frau Dr. Bäumer, Erkelenz, Dr. Goetz, Frau Dr. Lüders, Schuldt und Ziegler (Westfalen).

Mit nein stimmten: Dr. Böhme, Brodauf, Delius, Dr. Fischer, Dr. Geßler, Gothein, Dr. Haas, Heile, Keinath, Kerschbaum, Koch (Weser), Kopsch, Korell, Liese, Dr. Pachnicke, Dr. Petersen, v. Siemens, Weiß und Dr. Wieland.

15 Demokraten stimmten nicht mit ab oder waren nicht anwesend.

Nach dem Abstimmungsergebnis sind die Arbeiterführer von der äußersten Linken bis zur Bayerischen Volkspartei geschlossen für die Interessen der Mieter eingetreten; nicht so die Beamtenvertreter, von denen Allekotte, Delius, Brodauf und Weiß gemeinsam mit den Gelben Geißler, Morath und Thiel für die Ausbeutung der Mieter eintraten. Das wird dieselben Leute aber nicht abhalten, bei den Wahlen den Bodenreformern zu erklären, daß sie ihr Programm anerkennen und für dessen Durchführung tatkräftig eintreten werden. Die Bodenreformer sollten endlich erkennen, daß man den Abgeordneten weniger auf das Maul und mehr auf die Fäuste sehen muß. Die Arbeiterschaft hat das erkannt und sie wird deshalb den Feinden einer gesunden Wohnungspolitik die gebührende Antwort geben, aber nicht nur an den Wahltagen, sondern sie wird sofort den Kampf aufnehmen gegen Wohnungswucher und Grundstücksspekulation.

Wo Groener sparen sollte

Herr Groener will die Reichseisenbahnen wirtschaftlich gestalten, indem er 20 000 Bedienstete zum 1. April entlassen will. Eine Zuschrift an die „Welt am Montag" macht nun darauf aufmerksam, daß an manchen Stellen des Eisenbahnbetriebes in der Tat gewisse Beamte entbehrt werden können. Ueber Möglichkeiten der Ersparnis am Schlesischen Bahnhof macht die Zuschrift folgende Aussage:

„Der Schlesische Personenbahnhof in Berlin wurde vor, während und nach dem Kriege von einem Oberbahnhofsvorsteher, dem ein Bahnhofsvorsteher zur Seite stand, geleitet. Tatsache ist, daß sich diese Leitung, trotz größter Anforderungen während des Krieges, vorzüglich bewährt hat.

Heute steht an der Spitze des Bahnhofs ein Eisenbahn-Amtmann (Besoldungsgruppe X, Endgehalt einschließlich Teuerungszuschläge und Zuschläge für zwei Kinder: 65 520 M.). Er hat zu seiner Unterstützung einen Eisenbahn-Oberinspektor (Besoldungsgruppe IX, Endgehalt einschließlich Teuerungszuschläge und Zuschläge für zwei Kinder: 58 320 M.), ferner zur weiteren Unterstützung einen Eisenbahninspektor (Besoldungsgruppe VIII). Außerdem sind noch fünf Oberbahnhofsvorsteher auf zum Teil besonders für sie geschaffenen Posten tätig. Wenn der Laie denkt, daß hiermit die Zahl der auf dem Bahnhof wirkenden Leiter erschöpft ist, so sei gesagt, daß in sechs weiteren selbständigen Dienststellen (Stationskasse, Fahrkartenausgabe, Gepäckabfertigung usw.) Amtmänner, Oberinspektoren usw. in ähnlicher Weise, wie oben geschildert, vorhanden sind.

Daß hier geradezu Verschwendung mit gutbezahlten Arbeitskräften getrieben wird, dürfte aus der Gegenüberstellung von einst und jetzt klar sein. Ob aber dieser Zustand bei Durchführung einer Personalersparnis geändert wird, muß bezweifelt werden. Der Dienststellenleiter, nach dessen Sparvorschlägen man letzten Endes verfährt, wird seine engeren Kollegen kaum entbehrlich finden, dafür wird er Sparmaßnahmen vorschlagen, die die treffen, welche stets herhalten müssen, nämlich die Personale der unteren Gruppen.

Es ist endlich an der Zeit, daß nicht nur unten, sondern auch nach oben hin Sparmaßnahmen durchgeführt werden. Viel schlimmer noch als auf den Dienststellen liegen übrigens die Verhältnisse bei den Aemtern und Direktionen. Da fände der Herr Reichsverkehrsminister ein reiches Feld zu nützlicher Sparsamkeit — wenn er nur selber mal suchen würde."

Ob wohl die erwähnten oberen Beamten auf der Liste der zur Entlassung bestimmten 20 000 stehen? Doch nein — Herr Groener geht als kluger Mann auf der Linie des geringsten Widerstandes vor und entläßt am 1. April die am 31. März auslernenden Lehrlinge. So sind sie nun mal — die starken Männer!

Getreidepreis und Brotversorgung

Die gegenwärtig wieder im Ansteigen befindliche Teuerung wird, wenn die Regierung den Dingen ihren Lauf läßt, eine erhebliche und geradezu unerträgliche Steigerung der Brotpreise hervorrufen. Die freie Wirtschaft erweist sich immer mehr als ein völlig unmöglicher Zustand und das Umlageverfahren muß wieder zur vollen und sogar zu größerer Wirkung gebracht werden. Auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich am Sonnabend mit der Frage der Brotversorgung und der Getreidepreise beschäftigt. Der „Vorwärts" berichtet darüber folgendes:

„Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß es notwendig ist, von der Regierung eine Verordnung zu verlangen, nach der die bereits erfolgten Getreideaufkäufe der neuen Ernte, soweit sie zu außergewöhnlich hohen Preisen erledigt wurden, für ungültig erklärt werden. Sollte sich die Regierung dazu nicht entschließen, so wird erwartet, daß den Ländern die Ermächtigung erteilt wird, Verkäufe zu abnormen Preisen für ungültig zu erklären. Weiter stellte sich die Fraktion auf den Standpunkt, daß dahin gewirkt werden muß, für das neue Erntejahr eine erhöhte Getreideumlage zu gebundenen Preisen zu erreichen."

Notwendig ist eine Getreidemenge von 4½ Millionen Tonnen, damit der Bedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung gedeckt werden kann. Der Reichstag wird sich in den nächsten Tagen neben den Steuerproblemen auch mit dieser Frage beschäftigen müssen, denn das Anwachsen der Brotpreise steigert sich immer mehr zu einer Gefahr für die Ernährung der minderbemittelten Bevölkerung. Die Fraktionen werden den stärksten Druck auf die Regierung und insbesondere auf Herrn Hermes ausüben müssen, damit der bisher betriebenen, einseitig zugunsten der Agrarier orientierten Ernährungspolitik ein Ende gemacht wird.

Bevorstehender Abschluß der deutsch-polnischen Verhandlungen

Genf, 4. März.

Die Arbeiten der deutsch-polnischen Konferenz sind gegenwärtig so weit gediehen, daß auch die beiden allein noch in Frage kommenden Unterausschüsse 11 und 12 voraussichtlich Mitte nächster Woche abschließen werden. Inzwischen finden aber zwischen den beiden Bevollmächtigten, Staatsminister a. D. Schiffer und Minister Olszowski, Besprechungen statt, in denen geprüft wird, ob eine Gesamteinigung erzielt werden kann. Soweit diese Besprechungen ergebnislos verlaufen sollten, wird man an die endgültige Aufstellung der Streitpunkte herantreten, die alsdann unverzüglich dem Präsidenten Calonder unterbreitet werden sollen. Das Redaktions- und Uebersetzungskomitee, dem die Fertigung des Vertragstextes obliegt, setzt indessen seine Arbeiten ununterbrochen fort.

Wie das Völkerbundsekretariat mitteilt, ist Präsident Calonder leichterkrankt und kann infolgedessen an der Beisetzung des Gesandten von Planta nicht teilnehmen. Er wird sich aber in wenigen Tagen wieder den Konferenzarbeiten widmen.

Sperrt sie ein!

Skizze von Emil Ginkel

Der Verfasser dieser Skizze ist ein dichterisch begabter Arbeiter in Elberfeld. Wir brachten schon einmal in der „Freien Welt" eine Erzählung von ihm. Auch seine Gedichte bezeugen ein starkes, urwüchsiges Talent.

Tag und Nacht hatte man den Valutaartikel hergestellt, um wucherischen Gewinns wegen ins kapitalkräftige Ausland gebracht, nun auch noch in Südamerika für alle Fälle, bemessen an der wirtschaftlichen Unsicherheit in Deutschland, große Lager eben mit ihm angehamstert, und 1918 nach „Revolutionsbeginn" entstandene Fabrik wurde mit Zustimmung des Demobilmachungskommissars Juni 1920 geschlossen: 500 Arbeiter rücksichtslos auf das Pflaster geworfen, noch größerer Not entgegen!

Der Verkauf der Fabrikeinrichtung brachte auch noch guten Gewinn, waren doch seit 1918 die Preise aber auch für alles gewaltig gestiegen. Und auch der Schrottjude, welcher den stillgelegten Betrieb an sich brachte, konnte noch auf guten Verdienst hoffen, denn die Preise zogen immer noch mehr an; bei diesem Schrottjuden aber waren mit mir noch vier andere beschäftigt, die wie ich lange arbeitslos gewesen.

Wir brachen und montierten ab, und ein gewesener preußischer Reserveonkel beaufsichtigte uns: Typ = Heringsbändiger, trotz schlechter Augen heldenhafte Dauerstellung bei einer Etappenkraftfahrkolonne die große Zeit hindurch belegt: dafür sich jetzt Ingenieur nennend, natürlich nur uns gegenüber; wir sind ja so dumm, noch dümmer.

Als nun ein Raum zum Neuvermieten leer, an der Straße gelegen und mit Einfahrt, da zog ein Südfruchtengroßhändler, endlich nach Kriegsbeendigung wieder sein eigentliches Geschäft beginnen könnend, auch weil er nicht mehr um schweres Geld für seine Börse von Buben und Mädchen Granaten konnte drehen lassen, zwischen unsere Arbeit mit seinen Apfelsinen und Feigen neu ein.

Das duftete und lockte um uns den ganzen Tag. Mal platzte eine Kiste mit Apfelsinen beim Abladen, und die runden gelben Dinger kugelten daher. Wir halfen auflesen, nachher aber stellte ich fest, daß auch jeder von uns Fünfen eine Apfelsine unterschlagen. Ja, trotzdem mundete mir die saftige Frucht, am eigenen Lohn wissend, daß nur auf diesem Wege wir Fünf zu dem Genuß der schließlich auch für uns gereiften Frucht kommen konnten.

Und unter uns war ein Junge, ein Kind noch, fünfzehnjährig, aber schon körperlich stark, darum gerade von unserem Brotherrn besonders gerne eingestellt: Ein Fünfzehnjähriger bekommt eben, und sei seine Leistung der eines älteren Arbeiters auch gleichwertig, dem Tarif nach weniger Lohn (das ist in einer Welt der privatkapitalistischen „Wirtschaftsordnung" verkehrt), und für möglichst viel Arbeit, möglichst wenig zahlen, ist Grundsatz jedes kapitalistischen Auspowerers.

Zum erstenmal arbeitete der Junge bei einem Unternehmer. Ihm hatte die Apfelsine besonders gemundet; still und verstohlen holte er sich ein paar von ihnen. Unser Antreiber sah, wie er in beiden Händen welche hielt, stürzte wutschnaubend auf ihn los und schrie: „Sie Spitzbube sind sofort entlassen." „Sie", sagte er, denn der Junge war stark, größer wie der „Herr", und doch kollerten die Apfelsinen jetzt zu Boden, die Augen des Knaben glänzten tränenfeucht, sein Mund aber bat: zu Hause gab's Geschwister am Essen zu halten, denen auch hatte er einige der saftigen Früchte mitbringen wollen; die verwitwete Mutter stand am Waschfaß für seine Leute und kränkelte seit langem. „Raus", kommandierte der gewesene Offizier, und der Junge schlich davon. Ich mußte dem zusehen, nichts tun, sonst hätte der „Herr" bestimmt den Knaben noch wegen Diebstahl der Polizei übergeben: so kannte ich den Halunken. Von meiner Leiter aus, ich nahm gerade einen Lagerbock ab, fragte ich aber dennoch unseren „Vorgesetzten": „Glauben Sie, daß der Junge sich von seinem Verdienst Apfelsinen kaufen kann? Glauben Sie, daß er keine Berechtigung hat, auch mal nach einer zu verlangen?" „Ich selber aß auch seit Jahren keine Apfelsine, und schließlich steht mir auf Grund meiner Erziehung doch mal erst eine solche zu", näselte der gehirnlose Wichtling.

Da sprang ich von meiner Leiter, raffte die gelben Früchte vom Boden auf und warf sie ihm in die Fresse: „Da hast du sie!" Er sprang davon. Und einen Hammer warf ich ihm nach. Hinterher einen Bolzen, eine Schraubenmutter ins Kreuz. Er flüchtete in einen Verschlag, in dem eine verlassene Hundehütte stand. Zur Besinnung gekommen, legte sich mein Zorn, und aufatmend riegelte ich nur die Tür hinter ihm zu!

„Der Barbier von Bagdad." (Neueinstudierung in der Staatsoper.) Ein kostbarer musikalischer Schatz ist gehoben, der für die sensationslüsterne Gegenwart von gleicher dokumentarischer Belanglosigkeit bleiben wird, wie eine archäologische Ausgrabung. Man begnügt sich, davon zu lesen. Das wandelbare Schicksal dieser melodiegeborenen, aus reichster Liederseele quellenden Oper von Peter Cornelius ist in ihrer Handlung begründet: es fehlt die Bühnenplastik. Mottls Umarbeitung des Werkes im musikdramatischen Sinne Wagners ist aus dem Drang entstanden, die Bühnenvorgänge durch eine stärkere Hervorkehrung des sinnlichen Momentes zu verdeutlichen. Jetzt, wo in der Neueinstudierung der Berliner Staatsoper das Werk in seiner Urfassung wiederhergestellt ist, geht es an seinen neugewonnenen Vorzügen zugrunde. Alles ist in Musik aufgelöst, — die Handlung aber (so geistsprühend in der Dichtung) wickelt sich eintönig und verworren ab, die Pointe schlummert im Textbuch. Für Einzelheiten ist die Regie Karl Salos zur Verantwortung zu ziehen, die keinen selbständigen Einfall erkennen ließ, um wesentliche Züge der Handlung zur Geltung zu bringen.

Mit um so größerer Liebe und begeisterter Durchdringung ließ Fritz Stiedry das Wundergewebe der Partitur aufleben. Welche gewaltige schöpferische Kraft offenbart sich in dem unversiegbaren Strom köstlichster Melodien, die in Arien- und Liedform bei unerschöpflich pulsierender Eingebung stets ein neues Gepräge enthüllen, welche Eigenwüchsigkeit gibt sich in der Ausnutzung der mannigfaltigsten rhythmischen Möglichkeiten kund, was für ein unverdorbener Klangsinn (trotz Wagner!) spricht aus der aparten, individuellen Verwendung der Orchesterinstrumente und der fein abgewogenen Zusammensetzung der Instrumentalsätze! Das herrlichste Meisterwerk in dieser Art ist die als Zwischenspiel nachkomponierte D-dur-Ouvertüre (von Liszt instrumentiert), die mit überzeugender Wirksamkeit vor das Vorspiel des 2. Aktes gestellt wurde.

Arangantinos hat ein sehr geschmackvolles Bühnenbild im 2. Akt geschaffen. Durch rote Spitzbogen auf zierlichem Säulenwerk schimmert Bagdad in verglühender Buntheit. Die Darstellung: Bisen Talén (Nureddin), Carl Braun (Barbier), Emmy Heckmann-Beltenberf (Margiana), Margarete Arndt-Ober (Bostana) war ebenso anständig wie werkfremd. Um die eigenartige Komik dieser Oper, die mit dem „Falstaff" in der Musikgeschichte isoliert dasteht, lebendig zu charakterisieren, gehört ein inneres musikalisches Pointierungsvermögen, das keiner der Beteiligten bei durchweg guten stimmlichen Leistungen auch nur in der Anlage verspüren ließ.

Fritz Windisch

Operettenabend. Eine Operette sollte eigentlich so etwa das sein, was man früher „Singspiel" nannte: Ein mehr oder weniger lustiges Stückchen, in dem auch Herzenslust gesungen, getanzt, gespielt und gescherzt wird. Wie reizend könnten solche kleinen Werke sein, wenn die Lieder und Arien hübsch und melodisch, die Tänze anmutig oder grotesk, die Couplets und die Scherze witzig oder bissig wären! Und wie wenig wäre dazu nötig: Ein wenig Humor, ein wenig gute Laune und eine gute Musik d. h. ein melodienreicher Musiker.

Aber das alles gibt es offenbar nicht mehr; wenigstens nicht in den Operettentheatern. Denn was sich heute „Operette" nennt — ach, du lieber Augustin! Man sollte es nicht für möglich halten, daß erwachsene Menschen, die doch immerhin lesen und schreiben können, drei oder vier Akte lang so dumm, so albern und so langweilig sein können. Man sollte es nicht für möglich halten, daß einem Komponisten, der doch immerhin ein bißel musikalisch sein wird, so wenig Melodien einfallen. Und man sollte es endlich, weiß Gott, nicht für möglich halten, daß sich das Publikum solch langweiligen Schund geduldig mit anhört und nicht für sein teures Geld etwas besseres oder doch amüsanteres verlangt. Die Magen und Eingeweide dieser Menschen sind kultivierter und verwundlicher als ihre Gehirne, ihre Augen und Ohren. Brot aus Stroh würden sie nicht essen. Aber eine Operette, die noch trockener als Stroh ist, hören sie sich geduldig an.

Dabei habe ich mir sagen lassen daß „Der liebe Augustin", mit der Musik von Leo Fall, noch zu den besseren Operetten ge-

Der Kampf um Fiume

Intel. Rom, 6. März.

In der gestrigen Sitzung im Außenministerium, an der neben dem Außenminister auch der Ministerpräsident selbst und mehrere Mitglieder des Kabinetts teilnahmen, wurde beschlossen, den Oberst Cartelli, den Kabinettschef des Kriegsministers, nach Fiume zu senden, um dort für die Wiederherstellung der Ordnung zu sorgen. Ferner wurde beschlossen, daß die Summe, die Italien nach den vor zwei Monaten mit Jugoslawien getroffenen Vereinbarungen zur Behebung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Fiume zahlen sollte, nach den Anweisungen Cartellis sofort vorgeschossen werden soll.

Wie noch von anderer Seite gemeldet wird, waren die Abgeordneten Giurati und de Stefani, die zu den einflußreichsten Faszisten gehören, anwesend. Sie erkannten die Notwendigkeit der Herbeiführung friedlicher Verhältnisse an und versprachen, sich dafür einzusetzen.

Der in Fiume eingesetzte Ausschuß für nationale Verteidigung hat nach der Abdankung Zanellas eine Proklamation erlassen, in der es heißt, daß die Bevölkerung von Fiume auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker sich jede Regierung und Regierungsform geben könne, die ihr am besten passe und ihren Interessen am meisten entspräche. Der einzige souveräne Akt war die Volksabstimmung vom 30. Oktober 1918, in der das Volk von Fiume seinen festen Willen zum Ausdruck brachte, von Italien annektiert zu werden. Nachdem die Macht nach blutigem Kampfe auf ihn übergegangen ist, erklärt der Ausschuß für nationale Verteidigung die konstituierende Versammlung für unwiderruflich aufgelöst, die Regierung, die sich am 25. Oktober 1921 gebildet hat, für abgesetzt, und stellt Stadt und Land von Fiume unter die unerschütterliche Hoheit des italienischen Vaterlandes.

Ausbreitung der russischen Hungersnot

Intel. Moskau, 6. März.

Die Zahl der Hungernden hat sich nach amtlichen Feststellungen auf 30 Millionen erhöht. Auch Turkestan mußte als Hungergebiet erklärt werden. Die Zahl der durch die Hilfsorganisationen verpflegten Menschen beträgt nur 70 000. Man hofft aber, diese Zahl nach der Ankunft bereits angekündigter Sendungen erhöhen zu können. Es macht sich auch ein starker Mangel an Transportmitteln zur Beförderung der Lebensmittel in die Hungergebiete bemerkbar.

Rußland und Genua

Die Einwirkungen Radeks

gk. Moskau, 1. März. (Eig. Ber.)

Der Meinungskampf zwischen dem rechten und dem linken kommunistischen Flügel scheint innerhalb der Sowjet-Regierung und des Zentralen Exekutivkomitees jetzt zu ernsthaften Konflikten zu führen, seit Lenins ausgleichende Persönlichkeit den Beratungen fernbleibt. Die Note Tschitscherins, in der gegen die Vertagung der Konferenz von Genua protestiert wird, geht auf die Einwirkungen Radeks zurück, dessen Reiseberichte dazu beitrugen, die Ansicht zu stützen, daß Rußland bei einem möglichst herausfordernden Benehmen gegenüber den europäischen Regierungen nur gewinnen könne, während Krassin gegen den Ton der Note auftritt, der nach seiner Meinung geeignet ist, die internationale Position Lloyd Georges zu schwächen.

In engem Zusammenhang mit dem stärkeren Hervortreten Radeks steht die Tatsache, daß in der Roten Armee so eifrig, wie seit langem nicht, gerüstet wird und daß der Oberkommandierende der Truppen der Republik des Fernen Ostens zur Herausgabe eines Armeebefehls veranlaßt wurde, in welchem er erklärt, die Einnahme von Wladiwostok müsse den Roten Truppen vor dem Beginn der Konferenz von Genua unbedingt gelungen sein.

Bezeichnend ist es, daß die Sowjetpresse, die die Einladung zur Konferenz von Genua zuerst als einen großen diplomatischen Erfolg der Sowjetregierung hinstellte, jetzt, selbstverständlich auf amtliche Inspiration hin, zum Rückzug bläst, die Sowjetblätter in Moskau und in der Provinz bringen lange Klageartikel über die kapitalistischen Schwindler, die die Sowjetregierung in die Falle von Genua locken wollen, und äußern Zweifel, ob die Teilnahme der Sowjetregierung an den Verhandlungen in Genua überhaupt noch Wert haben könne, nachdem sich die Staaten der großen und kleinen Entente über ihr Verhalten gegenüber Sowjetrußland geeinigt haben. Allgemein wird in der Presse empfohlen, der Roten Armee von jetzt an größere Aufmerksamkeit zuzuwenden, als der bevorstehenden Konferenz von Genua.

---

hören soll. Wie mögen da die andern sein? Ich kann es mir beim besten Willen nicht vorstellen, daß sie noch sentimentaler, witzloser und langweiliger sein können. Die Aufführung im Walhalla-Theater ist ganz auf Alfred Lichtenstein zugeschnitten; und dieser begabte Tenor singt und spielt natürlich so anständig und sympathisch, daß durch ihn ein paar Szenen erträglicher wurden. Die anderen taten, was sie konnten; ich will nichts Schlechtes von ihnen sagen. Aber das Orchester tat, glaub ich, nicht, was es konnte. Sonst wär es herzlich wenig.

Hans Siemsen

Theater des Ostens (Rose-Theater). „Für tot erklärt", ein Stück aus dem Leben in 4 Akten von Oskar Pitschel, versucht die Seelenkonflikte zu beschreiben, die die Rückkehr eines für tot erklärten Soldaten, dessen Frau sich mit einem Freunde verheiratet hat, bei allen Beteiligten auslösen. Der Verfasser des Stückes hat den Leidenskomplex weder in seiner vollen Größe erfaßt, noch zu erfassen ernstlich erstrebt. Zu viel Gefühlsspekulation — Männlein und Weiblein weinten. Die Frau mit den zwei Gatten ist entweder eine kaltherzige Schauspielerin oder eine Frau mit einer monumentalen Seelengröße, aber dafür ist sie zu schwach, viel zu schwach. Auch eine Reihe psychologischer Unwahrscheinlichkeiten enthält das Stück. — Die Spieler holten heraus, was herauszuholen war, ganz besonders Lotte v. Syrow und Margarete Saenger. Die Regie klappte, aber eines, Herr Regisseur: Wandervögel mit Stöckelschuhen gibt es nicht und ganz besonders nicht im Riesengebirge! — Das Publikum war recht beifallsfreudig.

Tyllus.

Tages-Notizen

Veranstaltungen der U. S. P. D. Neukölln. Am Donnerstag, 9. März, veranstaltet die U. S. P. Neukölln einen heiteren Kunstabend in den Alpen im großen Festsaal der Neuen Welt. Mitwirkende: Editha Fleischer, Harry Steuer vom Deutschen Opernhaus, Prof. Hermann [illegible]-Künstler, Elle Hang-Georgi, Lieder zur Laute, Fritz Frankl, Hilde Engel, jugendliche Tänzerin. Eintrittskarten zum Preise von 3,00 M. einschließlich Tanz sind in den „Freiheit"-Speditionen Neckarstraße 3, Emser Str. 22, sowie bei den Funktionären zu haben.

Großes Schauspielhaus. Der Abonnementsverkauf für das Abonnement der Spielzeit 1922/23 beginnt am 15. März. Es sind sechs verschiedene Werke in Aussicht genommen, und zwar: Hebbels „Nibelungen", 1. und 2. Teil, Shakespeares „Gezähmte Widerspenstige", Grabbes „Napoleon", Gozzis „Turandot" und Raimunds „Verschwender", außerdem ein von Max Reinhardt inszeniertes Werk Offenbachs. Jede Abonnementskarte lautet wiederum auf einen bestimmten Tag und ein bestimmtes Datum. Als besondere Vergünstigung für die Abonnenten ist die Einführung getroffen, daß jeder Abonnent das Recht hat, unter Vorzeigung des Abonnementsheftes für die Spielzeit 1922-1923 auf Wunsch eine 7. und 8. Vorstellung zu den Abonnementspreisen des Großen Schauspielhauses im Deutschen Theater zu beanspruchen. Bezugsscheine hierfür an der Abonnementskasse des Großen Schauspielhauses.

Der 3. „Melos"-Kammermusikabend der Gesellschaft zur Erforschung zeitgenössischer Musik e. V. (Künstlerischer Leiter: Fritz [illegible]. Geschäftsstelle: [illegible], Berliner Allee 97) findet Dienstag abend 7½ Uhr in der Kunstausstellung „Sturm", Potsdamer Str. 134a, 1 Tr., statt. Zur Uraufführung gelangen: Gerhard Williams: Streichquartett Nr. 2. — Paul Hindemith: „Das kleine Lied", drei Lieder für Sopran, zwei Bratschen, zwei Celli.

Der Menier spricht am 11. März, 8 Uhr, im Künstlerhaus Galizien, Grotesken, Galgenhumor und Galgenlieder von Heine, [illegible], Goethe, Mentiel, Morgenstern, Liese, Liebeslied und Wahlspruch. Karten zu ermäßigten Preise sind in der Buchhandlung „Freiheit" erhältlich.

Drohende Aussperrung in England

EP. London, 6. März.

Für diese Woche droht in England eine Aussperrung, die ungefähr eine Million Arbeiter betreffen wird. Wenn bis zum Samstag eine Einigung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Metallindustrie nicht erzielt werden kann, werden 400 000 Metallarbeiter an diesem Tage ausgesperrt. Die gleiche Gefahr droht am Mittwoch einer ebenso großen Anzahl Arbeiter der Schiffsbauindustrie. In den durch diese Aussperrungen in Mitleidenschaft gezogenen Industrien würden im ganzen mehr als eine Million Arbeiter brotlos werden. —

Im Falle der Schiffsarbeiter handelt es sich um eine Lohnreduzierung, im Falle der Metallarbeiter um Regelung der Ueberstunden.

Die deutsche Einwanderung nach den Vereinigten Staaten

F.P.S. Der für die Zeit nach Abschluß des Friedensvertrags zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten erwartete starke Zustrom deutscher Einwanderer nach Amerika ist bisher nicht in die Erscheinung getreten. Nach Angaben, die das Department of Labor unter dem 11. Februar veröffentlicht, sind seit Beginn des Fiskaljahres (1. Juli 1921) 11 295 deutsche Staatsangehörige eingewandert, während auf Grund des Einwanderungsgesetzes 68 039 Deutsche zugelassen wären, so daß also die deutsche Quote noch nicht zu einem Fünftel erschöpft ist.

Leipziger Messe

Leipzig, 5. März. W.T.B.

Der Messesonntag, der Eröffnungstag der Messe, ist stets auch der des größten Besucherandranges. Gegen Mittag waren bereits über 100 000 Messeausweise ausgegeben. Die Zahl steigt noch andauernd. Die Dienstkarten der Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten, die daneben abgegebenen Ehrenabzeichen für Behördenvertreter, Studenten- und Schülerkarten und sonstige allgemeine Ausweise, Arbeiterkarten usw. sind nicht in die Zählung einbegriffen. Es handelt sich dabei ausschließlich um Geschäftsbesucher der Messe, und man kann bereits jetzt feststellen, daß auf der allgemeinen Mustermesse die Warennachfrage außerordentlich groß ist, daß aber andererseits die Aussteller sich mehrmonatige Lieferfristen ausbedingen müssen. Die russische Regierung hat während der Messe in Leipzig ein besonderes Bureau eingerichtet, sogar die südchinesische Regierung hat eine amtliche Vertretung entsandt.

Steigerung des Produktionsertrages

Max Schippel veröffentlicht in den „Sozialistischen Monatsheften" einen Artikel über Produktionsnotwendigkeiten und Finanzmaßnahmen. Er greift dabei auf den Artikel von Hugo Lindemann zurück, den wir gelegentlich seines Erscheinens in derselben Zeitschrift erwähnten, und kommt auch auf unsere Stellungnahme zu den Auffassungen Lindemanns zu sprechen. Schippel nimmt davon Notiz, daß wir Lindemann zugestanden haben, „eine wirklich dauernde Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse sei nur durch eine Steigerung der Produktion möglich". Wir hätten uns aber dann selbstzufrieden darauf zurückgezogen, wie Schippel sich ausdrückt, daß diese Nationalisierung der Produktion Sache des Unternehmers sei. Schippel zitiert vollkommen richtig, was wir geschrieben haben, nämlich folgendes:

„Das Kapital denkt nicht daran, diesen . . . Ausgleich durch eine Verbesserung der Produktionsmethoden, die Unkosten verursachen würde, herbeizuführen . . . Es bleibt also dabei: Gegen eine Vergrößerung der Produktionsmenge haben wir nichts, aber der Weg dahin führt nur über die Nationalisierung der Wirtschaft. Herr Lindemann mag seine Mahnungen also an das Unternehmertum richten."

Dazu macht Schippel folgende Bemerkung:

„Die Erfüllung der unumgänglichen Voraussetzung für eine ‚wirkliche dauernde Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse' soll ausschließlich durch Mahnungen an das Unternehmertum über dessen Produktionspflichten gefördert und erzielt werden? Und der Arbeiter sollte trotz allem Wandel der Zeiten noch immer so sehr bloßes Objekt des Produktionsprozesses geblieben sein, daß ihm bei der notwendigen Hebung der produktionellen Leistungsfähigkeit nur die Rolle eines stummen und passiven Zuschauers zufallen könnte?"

Leider ist der Arbeiter in der Tat immer noch „Objekt des Produktionsprozesses" und nichts anderes. Das ist eben der springende Punkt, und es ist gut, daß Schippel selbst auf ihn verweist. Die Arbeiter stehen dem Produktionsprozeß aber nicht einmal nur als „passive Zuschauer" gegenüber — in dem von Schippel verstandenen Sinne —, sondern sie sind ausschließlich die Leidenden, diejenigen, die auch um den geringsten Betrag ihres Anteiles am Produktionsertrag erbittert kämpfen müssen, und dabei sogar noch, wie z. B. gegenwärtig die Beamtenschaft, dem Versuch zur Rechtlosmachung ausgesetzt sind. Wenn gegenwärtig von einer Vermehrung des Produktionsertrages die Rede ist, dann wird dabei ausschließlich an Opfer der Arbeiterschaft gedacht. Auch die Darlegungen Lindemanns liefen schließlich auf die Verlängerung der Arbeitszeit hinaus. Alle diese Bestrebungen hatten doch bis auf den heutigen Tag immer nur das Ziel, den Arbeiter dauernd zum Objekt des Produktionsprozesses zu machen, und niemand denkt daran, die Arbeiter und Angestellten mit Rechten auszurüsten, die sie und ihre Organisationen in die Lage versetzen würden, fruchtbaren Einfluß auf die Gestaltung der Produktion auszuüben zum Vorteil der Gesamtheit, zum Vorteil der Arbeiterklasse. Und darum muß die Arbeiterschaft diesen gelehrten Bemühungen um die Steigerung des Produktionsertrages mißtrauisch gegenüberstehen und dem Unternehmertum den Vortritt bei der Verwirklichung der gelehrten Programme überlassen. Ein gutes Beispiel des Unternehmertums könnte aber vielleicht doch — das mögen Schippel und Lindemann einmal überlegen — anfeuernd auf die Arbeiterschaft zurückwirken.

Bestünden dagegen Rechte und Möglichkeiten wie die hier erwähnten, wären die Arbeiter und Angestellten Subjekte des Produktionsprozesses, gäbe es eine Wirtschaftsordnung, die nicht der Bereicherung des einzelnen, sondern dem Wohle der Gesamtheit dient, dann erschienen alle diese Fragen sicherlich auch der Arbeiterschaft in einem anderen Lichte. Wenn dieser Zeitpunkt gekommen ist, dann werden wir uns mit Schippel und Lindemann weiter unterhalten.

Gegen das Reichsmietengesetz

Die Mieterkundgebung im Lustgarten

Der Zentralmieterverband veranstaltete gestern Vormittag im Lustgarten eine Mieterkundgebung, die großzügig geplant war. In kleineren Zügen waren einige tausend Teilnehmer erschienen, die rote Fahnen und Schilder mit sich führten, auf denen Inschriften, wie: „Wann kommt die Beschlagnahme der großen Wohnungen?", oder „Das Reichsmietengesetz, ein Raubzug auf die Taschen der Mieterschaft" zu lesen waren.

Von der Museumsfreitreppe und vom Denkmal Friedrich Wilhelms III. sprachen mehrere Redner, die gegen die Annahme des Reichsmietengesetzes protestierten, das mit Ausnahme des § 16 den Mietern nur neue Lasten bringe. In einer im Anschluß daran verlesenen Entschließung wurden unter Ablehnung des Reichsmieten- und des Mietssteuergesetzes und der durch sie bedingten Mietssteigerungen eine Reihe von Gegenforderungen zur Steuerung des Wohnungselends aufgestellt, wie: „Beschlagnahme aller für Wohnzwecke verwendbaren Räume", „Zwangsweise Umquartierung kleiner Familien in kleine und großer Familien in große Wohnungen", „Beschlagnahme von Bars und Dielen und deren Umbau zu Wohnungen", „Zwangsweise Anordnung von Reparaturen und sofortige Inangriffnahme des Wohnungsbaues durch die Gemeinden unter Beschlagnahme des hierzu notwendigen Grund und Bodens".

Einweihung des Ernst Haeckel-Saales

Unter zahlreicher Beteiligung fand am gestrigen Sonntag mittag die Einweihung des Ernst Haeckel-Saales in den Zelten 9 A statt. In seiner einleitenden Ansprache knüpfte Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld an die Beziehungen Ernst Haeckels zu Berlin an und legte die große Bedeutung Ernst Haeckels für die Verbreitung naturwissenschaftlicher Kenntnisse dar. Nach ihm sprachen die leitenden Aerzte des Instituts für Sexualwissenschaft, und zwar Dr. Kronfeld über die Sexualwissenschaft als Lehrfach, Dr. A. Weil über den Parallelismus zwischen körperlichem und seelischem Geschehen und Dr. Schapiro über die Bedeutung der Sexualwissenschaft für die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Ein Vertreter Hollands, Dr. Kalkema Blouw, wies auf die jahrhundertelangen innigen wissenschaftlichen Beziehungen zwischen den holländischen und deutschen Naturforschern hin. Mit großem Interesse wurde die Vorführung eines Films verfolgt, den die Kulturabteilung der Ufa zur Verfügung gestellt hatte und der das Lebenswerk Ernst Haeckels behandelt. Das Erscheinen des Bildnisses Ernst Haeckels im Film — die Aufnahme war wenige Tage vor seinem Tode gemacht — löste lebhafte Kundgebungen aus. Allgemeinen Beifall fand auch die Ausstattung des Saales, der vor allem mit den Bildern und Büsten hervorragender Berliner Naturforscher, wie Alexander v. Humboldts, Helmholtz's Virchows, Johannes Müllers und Hufelands, geschmückt ist.

Nationalistische Provokationen

Ein Leser schreibt uns: Am Dienstag, den 28. Februar 1922, beabsichtigte ich nach dem Theaterbesuch noch ein Glas Bier zu trinken. Ich ging deshalb mit meinen Freunden in das Restaurant Groß-Berlin (früher Oswald Berliner) am Alexanderplatz. Aber der erste Schluck blieb mir in der Kehle stecken, — die Kapelle spielte frech und munter „Deutschland, Deutschland über alles!" Zur Rede gestellt, behauptete der Kapellmeister, als Tiroler hätte er das Recht, die „Oesterreichische Nationalhymne" zu spielen. (Die Melodie von Haydn, auf die das Deutschland-Lied gesungen wird, ist die altösterreichische Kaiserhymne. Eine Nationalhymne hat das national so zerklüftete Land nie gehabt!) Die Aufforderung eines Gastes, die Internationale zu spielen, wurde nicht befolgt, da dies angeblich verboten sei. Zwei Tage später war ich im Restaurant Belvedere am Bahnhof Jannowitzbrücke. Die Kapelle spielte Volkslieder und als Abschluß wieder „Deutschland, Deutschland über alles". Im Gespräch mit einem Kellner erfuhren wir, daß dies dort üblich sei mit Rücksicht auf die dort tagenden, ich denke verbotenen? Kriegervereine.

Arbeiter und Angestellte, meidet diese Lokale, in denen die nationalistische Blase sich breit macht!

Ein falscher Bankdirektor

Schwindeleien an Berliner Banken.

Von einem falschen Bankdirektor wurden in der letzten Zeit viele Bankgeschäfte heimgesucht. Bei ihnen erschien ein Mann, der sich für den Direktor einer österreichischen oder holländischen Bank ausgab, und erklärte, daß er zu größeren Transaktionen nach Berlin gekommen sei. Er bewies eine große Personalkenntnis der auswärtigen Banken und legte an kleinen Stellen Konten an. Wenn er so einmal Verbindungen angeknüpft hatte, so kam er nach einiger Zeit und erzählte, daß ihm aus diesem oder jenem Grunde augenblicklich Bargeld fehle. Kreditbriefe oder Schecks über 300 000 bis 400 000 Mark von seiner Bank sollten, so sagte er, unterwegs sein und müßten jeden Tag eintreffen. Wenn er vergeblich ein paar Mal nach dem Einlauf angefragt hatte, so erbat er sich endlich einen Vorschuß von 5000 bis 10 000 Mark und erhielt ihn auch in der Regel, weil man ihm nicht das geringste Mißtrauen entgegenbrachte. In der letzten Zeit operierte der „Bankdirektor" mit Versicherungsabschlüssen, die über 500 bis 600 Millionen lauten sollten. Wenn er seinen Vorschuß in der Tasche hatte, so verschwand er und ließ nichts mehr von sich hören. Die angekündigten Kreditbriefe und Schecks blieben aus. Nachdem ihm lange Zeit derartige Schwindeleien gelungen waren, hatte der Herr „Bankdirektor" jetzt endlich das Pech, auf einer Bank, bei der er wieder seinen Trick versuchte, mit dem Buchhalter einer anderen Bank zusammenzutreffen, den er kurz vorher betrogen hatte. Dieser ließ ihn festnehmen. Der Schwindler wurde festgestellt als ein 33 Jahre alter Hugo Rehna, der früher bei einer auswärtigen Bank als Buchhalter angestellt war und von dieser Zeit her über seine Personalkenntnisse verfügte. Er ist in mehr als 100 Fällen überführt und auch geständig.

Feuer in einer Gemeindeschule. Heute früh um 6 Uhr kam in der 162. Knaben- bzw. 197. Mädchen-Gemeindeschule in der Danziger Straße 33 durch die Heizung Feuer aus. Es brannten Fußboden, Balkenlagen u. a., so daß der 13. Zug längere Zeit zu tun hatte. — Am Sonntag abend kam während der Vorstellung im Wallner-Theater in der Wallner-Theaterstraße Feuer aus. Es brannte der Fußboden im Kassenflur unter einem Heizkörper. Das Publikum blieb ruhig, während die Wehr den Flammen löschte.

Raubüberfälle. Wegen Raubes wurden drei Personen in das Polizeipräsidium eingeliefert. In der Borsigwalder Straße wurden der Sattler Walter Schulze und der Tischler Albrecht Dehler festgenommen, als beide den Versuch machten, die Mutter des Schulze in deren Wohnung zu überfallen und zu berauben. Beide legten bei ihrem gestrigen Verhör ein Geständnis ab. Der dritte Räuber ist einer jener gefährlichen Burschen, die am Schlesischen Bahnhof auf Opfer lauern, um sie zu verschleppen und auszuplündern. Gestern war ihnen wieder ein Maurer aus Ostpreußen, auf der Durchreise nach Duisburg, in die Hände gefallen. Der Mann war in das Lokal Kriegerheim in der Madaistraße eingekehrt, wo er mehrere Männer kennenlernte, die mit ihm tranken und auch spielten. Schließlich wußten sie ihn zu bewegen, ein anderes Lokal aufzusuchen. Sie gingen zusammen nach einer Kaffeeklappe in der Weberstraße, wo sie mit dem Fremden weitertranken. Plötzlich wurde dieser im Lokal von hinten an den Armen gefaßt und dadurch wehrlos gemacht. Ein zweiter griff

von hinten in seine Rocktasche und raubte ihm die Brieftasche, die über tausend Mark bares Geld und außer seinen sonstigen Papieren den Gepäckschein enthielt. Der Ueberfallene setzte sich zur Wehr, doch gelang es den Räubern mit der Beute durch einen Hinterausgang zu entkommen. Der Beraubte meldete den Verlust des Gepäckscheines sofort an der Aufbewahrungsstelle und rettete so wenigstens Hab und Gut. Dann begab er sich zur Polizei und machte mit dieser Streifzüge durch die Lokale. Dabei wurde einer der Räuber, der 33 Jahre alte Heizer Jadauzecki, ermittelt und festgenommen.

Eine Zirkusvorstellung für unbemittelte Schulkinder. Direktor Busch hat sich in dankenswerter Weise bereit erklärt, in seinem Zirkus (Zirkus Busch, Am Bahnhof Börse) unentgeltlich eine Vorstellung für unbemittelte Gemeindeschulkinder zu veranstalten. Die Vorstellung findet am Mittwoch, den 8. März 1922, nachmittags 3 Uhr, statt. Die Eintrittskarten — ca. 4000 — sind dem Jugendamt zur Verfügung gestellt und von diesem auf die Bezirksämter 1—20 entsprechend der Zahl der im Bezirk vorhandenen Gemeindeschulkinder verteilt worden.

Teilweise Einstellung der Spreetunnellinie. Die Straßenbahnlinie 84 soll wegen der allzuschwachen Frequenz auf der Strecke Cöpenick—Platz am Spreetunnel eingestellt und nur von Alexanderplatz bis Platz am Spreetunnel geführt werden. Die Linien 116 und 16 werden wie früher wieder aufgenommen; die augenblicklichen Aenderungen sind nur ein Provisorium von einigen Tagen. Die Linie 83 soll auf der ganzen Strecke verstärkt werden durch Einstellung einer neuen Linie 83 E, so daß im Bezirk Treptow eine einviertelstündige Verkehrsfolge auch weiterhin aufrechterhalten bleibt. Außerdem ist geplant, die Linie 90 durch die Straße Am Treptower Park und die Parkstraße bis zum Rathaus durchzuführen.

Textilspende. Zur Linderung der in Deutschland herrschenden Wäschenot ist in den amerikanischen Kreisen, die sich am deutschen Hilfswerk beteiligen, eine größere Summe Geldes aufgebracht worden, das durch die amerikanischen Quäker unter Mitwirkung des Deutschen Zentralausschusses für die Auslandshilfe E. V. (Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 2) zur Verteilung gelangte. Für diese Summe sind 134 000 Paar Hemdhosen und 134 000 Paar Strümpfe eingekauft worden, von denen der Stadt Berlin, Neukölln, Lichtenberg 9000 Paar Hemdhosen und 9000 Paar Strümpfe zugeteilt werden konnten.

Vergiftete Pfeile. Wegen fortgesetzter Erpressungsversuche wurde der 28 Jahre alte Hilfsschreiber Hugo Retzlaff aus der Schönhauser Straße von der Kriminalpolizei festgenommen. Der Filmschriftsteller Kräly erhielt wiederholt Briefe, die von ihm die Hinterlegung einer größeren Summe an einer bestimmten Stelle verlangten, widrigenfalls er und seine ganze Familie mit vergifteten indischen Pfeilen getötet werden würden. Diese Erpresserbriefe waren mit der Maschine geschrieben, durch Abbildungen von Totenköpfen, Knochen u. dgl. besonders graufig ausgestattet und „memento mori" und ähnlich unterzeichnet. Der Empfänger ließ sie unbeachtet liegen. Als der Erpresser mit den Briefen keinen Erfolg hatte, versuchte er es mit dem Fernsprecher. Die fortgesetzten Beunruhigungen hatten zur Folge, daß die Gattin des Filmschriftstellers, deren Zustand ohnehin Schonung erforderte, ernstlich erkrankte. Jetzt wandte sich K. an die Kriminalpolizei. Kriminalkommissar Werneburg und seinen Beamten gelang es nach längeren Beobachtungen, in Retzlaff den Briefschreiber zu ermitteln und festzunehmen.

Kleine Mitteilungen. Der Bäckermeister Anton Kligge, Gräfestraße 59, ist wegen unzuverlässiger Betriebsführung auf die Dauer von fünf Wochen bis einschließlich 19. März vom Mehlbezuge ausgeschlossen worden. — Das Ernährungsamt teilt mit: In der Woche vom 6. bis 12. März wird als Kartoffelersatz ein Pfund Brot auf die mit einer großen roten 22 bezeichnete rechte Hälfte des Mittelstücks der Lebensmittelkarte ausgegeben. Die obere Hälfte des Abschnitts 20 (kleine Zahl) ist sorgfältig aufzubewahren, da auf ihn Kochmehl ausgegeben werden soll. — In der Woche vom 6. bis 12. März 1922 darf Brot und Mehl nur auf die Brotkarte abgegeben und entnommen werden, deren Abschnitte das Stichwort „Blindenanstalt" tragen.

Die Jugendherbergswoche in Neukölln steht vor der Tür. Viele tausende Kinder und Jugendliche sehen ihrem Ergebnis mit freudiger Erwartung entgegen. Es handelt sich um eine Arbeit, an der alle Schichten der Bevölkerung gleichen Anteil nehmen. Wenn alle mit Hand anlegen und ihre Herzen öffnen und anderen die Herzen zu öffnen wissen, dann werden wir durch die Jugendherbergswoche einen Riesenschritt auf dem Wege zum allgemeinen Jugendwandern vorankommen! Wir weisen daher nochmals auf die Eröffnung der Jugendherbergswoche in Neukölln hin, die am heutigen Montag, abends 7 Uhr, in Kliems Festsälen, Hasenheide 15, stattfindet. Genosse Stadtrat Schneider wird hierselbst einen Vortrag über Jugendwandern und Jugendherbergen halten. Zur Verschönerung des Abends werden der Neuköllner Lehrergesangverein, der einige seiner schönsten Lieder vortragen wird, und hiesige Wander- und Turnvereine mit Volkstänzen und turnerischen Vorführungen beitragen. Der Eintritt zu dieser Veranstaltung ist frei.

Populäre Vorträge für Frauen über Geschlechtskrankheiten veranstaltet der Landesausschuß für hygienische Volksbelehrung in Preußen E. V. am Dienstag, den 7. März, abends 8 Uhr in einer großen Reihe von Lokalen. Näheres siehe Anschlagsäulen.

Gewerkschaftliches

Methoden der Oberpostdirektion

Wir brachten kürzlich eine Mitteilung über die eigene Art der Entlassung von Kriegerwitwen. Die Praktiken der Oberpostdirektion treten aber durch folgende Tatsachen noch krasser in die Erscheinung: Vorgesetzte Beamten bearbeiten besonders weibliche Angestellte solange, bis diese sich veranlaßt sehen, sich einer Prüfung zu unterziehen. Die Prüfung wird abgelegt, aber ein Gesundheitsattest verweigert wegen — Nervosität. Darauf erfolgt stehenden Fußes die Entlassung ohne irgend welchen Grund und ohne jegliche Abfindung. Dies geschah in einem Fall u. a. nach 6jähriger Tätigkeit. Diejenigen weiblichen Angestellten aber, die Verzicht leisteten, eine Prüfung abzulegen, bleiben weiter in Lohn und Brot. —

Der Betriebsrat konnte aber auf Beschwerde keine Hoffnungen erwecken und erklärte, in vielen solchen Fällen wurde die O. P. D. vom Schlichtungsausschuß zur Zahlung einer Entschädigung verurteilt, die sie aber doch nicht zahlt. Viele Klagen dieser Art schweben schon beim Amtsgericht Mitte. Die Post zahlt nur dann ein Monatsgehalt, wenn Personen aus Entbehrlichkeitsgründen zur Entlassung kommen. Die Oberpostdirektion wendet also sehr bedenkliche Tricks an, um Personen loszuwerden, die einer gestellten Falle verflucht ähnlich sehen. Sicherlich sind bei der Post sehr viel überflüssige Leute, und zwar sind es jene reaktionären Bureaukraten, die beim Kapp-Putsch „Hurra" schrien und die jene hier gewürdigten Methoden aushecken. Diese Leute ebenso aus dem Dienste zu entfernen, wird eine zwingende Notwendigkeit, und unsere Genossen in den zuständigen Körperschaften haben alle Veranlassung mit Herrn Giesberts ein sehr ernsthaftes Wort zu sprechen.

Uebt Solidarität!

Streik im Wiener Buchhandel

Aus Wien geht uns folgende Mitteilung zu: Die Angestellten in Wien stehen seit 1. März im Streik. Ihre Forderungen sind 50 Prozent Gehaltserhöhung und Auswirkung der monatlich erscheinenden Inderziffer auf das volle Gehalt. Schon bei Ueberreichung der Forderungen haben eine Anzahl Firmen mit zusammen 300 Angestellten glatt bewilligt. Rund 2000 Angestellte aber müssen sich ihr Recht auf das Leben durch den Ausstand erzwingen. Da mit einer längeren Dauer desselben gerechnet werden muß, planen die Wiener Buchhändler, vor allem diejenigen Verleger (F. Deuticke, Urban & Schwarzenberg, Ullstein & Co., Tempsky usw.), die in Deutschland Zweigniederlassungen haben, die Bücher während der Dauer des Ausstandes nicht von Wien, sondern von Berlin, Leipzig, Stuttgart usw. expedieren zu lassen.

Die Wiener Buchhandlungsangestellten richten daher die Bitte an ihre deutschen Kollegen, diese Bestrebungen mit der gebührenden Aufmerksamkeit zu behandeln.

Außerordentliche Generalversammlung des D. M.-V.

Erhöhung der Beiträge

Die ungeheure Geldentwertung und die stets steigenden Ausgaben zwingen alle Organisationen, sich mit der Frage der Beiträge zu beschäftigen. Die Generalversammlung der Metallarbeiter hatte vor einem Vierteljahr beschlossen, für die Dauer von 13 Wochen den Lokalzuschlag um 80 Pf. zu erhöhen, insgesamt also auf 2 M. Die weitere Entwicklung veranlaßte verschiedene Branchen, Anträge zu stellen, diesen zeitlich begrenzten Lokalbeitrag auch für die Folgezeit beizubehalten resp. noch zu erhöhen.

Gen. Ziska schilderte kurz die Entwicklung der Finanzverhältnisse der Organisation in den letzten Jahren und bat die Generalversammlung, der Erhöhung der Lokalzuschläge zuzustimmen.

Hebestreit gibt im Namen der K. P. D.-Fraktion die Erklärung ab, für die Beibehaltung des jetzigen Zuschlages zu stimmen und verlangt Urabstimmung. Grau vertritt mit Wärme einen Antrag aller drei Fraktionen, der den Lokalbeitrag auf 3 M. festsetzen will. Büchel tritt ebenfalls für erhöhten Beitrag ein und wünscht eine gleitende Skala.

Nach einem kurzen Schlußwort von Ziska beschloß die Generalversammlung gegen 10—12 Stimmen folgenden Antrag den Mitgliedern zur Urwahl zu unterbreiten:

1. Der jetzige Lokalzuschlag von 2 M. (Gesamtbeitrag 9 M.) bleibt bestehen. 2. Da eine ganze Anzahl kleinerer und kleinster Verwaltungsstellen einen Lokalbeitrag von 3 M. erhebt, für Berlin den Lokalbeitrag ebenfalls auf 3 M. (Gesamtbeitrag 10 M.) zu erhöhen. Für die 2. Klasse Erhöhung prozentual.

Außerdem wurde noch beschlossen, Anträge zur Generalversammlung acht Tage bevor sie die Wahlkörper passieren, in der Wochenbeilage der „Metallarbeiter-Zeitung" zu veröffentlichen.

*

Der neue Schiedsspruch hat folgenden Inhalt: In Erwägung, daß gegenüber den Lebenshaltungskosten, welche bei der Fällung des Schiedsspruches am 28. Januar 1922 maßgebend waren, im Februar eine wesentliche Erhöhung eingetreten ist, erhalten alle über 18 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen am 1. Februar 1 M., alle unter 18 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen 0,70 M. pro Stunde Zulage. Akkordarbeiter und Arbeiterinnen, welche im Februar mehr als 2 M. bzw. 1,40 M. die Stunde über ihre Akkordbasis verdient haben, erhalten nur 50 Pf. bzw. 35 Pf. die Stunde. Wer mehr als 4 M. bzw. 2,80 M. die Stunde über die Akkordbasis verdient hat, erhält keine Zulage. Bei der Akkordbasis der Arbeiterinnen ist Teil 2 des Schiedsspruches sinngemäß zu berücksichtigen.

In Rücksicht auf entstandene Zweifel werden die Akkordbasen bei den über 18 Jahre alten Arbeiterinnen an Maschinen, und Handarbeiterinnen, deren Leistungen mit denen männlicher Arbeiter nicht verglichen werden können, auf 6,90 M., bei den Arbeiterinnen der Glühlampenindustrie der Gruppe I auf 7,10 M., der Gruppe II auf 6,90 M. die Stunde festgesetzt. Diese Akkordbasen treten am 6. März 1922 in Kraft. Die an diesem Tage in Arbeit stehenden Arbeiterinnen erhalten für die Zeit seit dem Inkrafttreten des Schiedsspruches vom 28. Januar 1922 eine Nachzahlung von 45 Pf. für jede geleistete Akkordstunde.

Branchenversammlung der Kraftdroschkenführer. In einer am Freitag stattgefundenen Branchenversammlung der Kraftdroschkenführer erstattete der Branchenleiter Lachmund den Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr, das viel Arbeit brachte. Redner ließ die Kämpfe des letzten Jahres chronologisch Revue passieren, und zwar von der Kündigung des bestehenden Vertrages am 1. Juli 1921 über die vielfachen Verhandlungen mit den Unternehmern und den Schlichtungsausschuß hinweg bis zu dem Streik der Unternehmer wegen der Personenfahrsteuer und der Aussperrung der Kraftdroschkenführer. Die sich an den Bericht anschließende Diskussion erklärte sich mit den verschiedenen Maßnahmen der Branchenleitung einverstanden. An den Kollegen muß es nun liegen, jeden noch fernstehenden Kollegen restlos der Organisation zuzuführen. Die Neuwahl der Branchenleitung ergab die einstimmige Wiederwahl von Lachmund als Branchenleiter. Außerdem wurden noch folgende Kollegen gewählt: Schmidt, Max; Schulz, Paul; Lehmann, Bruno; Beilig, Emil; Höpfner, Max, und Pranger. Als Sektionsleiter soll der kommenden Sektionsversammlung wieder der Kollege Becker vorgeschlagen werden.

Mitgliederzunahme der spanischen Gewerkschaften. Der spanische Allgemeine Arbeiterverband, der dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehört, konnte im Jahre 1921 seine Mitgliederzahl von 223 000 auf 243 000 steigern. Außerdem haben seitdem eine Reihe weiterer Gewerkschaften den Anschluß besprochen, u. a. der Landesverband der Handelsangestellten, der Verband der Bauarbeiter, mehrere Provinzialverbände der Landarbeiter usw. Die größten angeschlossenen Verbände sind die der Landarbeiter mit 61 327 und der Bergarbeiter mit 53 846 Mitgliedern. Darauf folgen die Bauarbeiter, Metallarbeiter, Transportarbeiter usw.

Parteiveranstaltungen

Montag, 6. März

12. Verwaltungsbezirk (Steglitz, Lichterfelde, Lankwitz, Südende). 7 Uhr Sitzung der Kommunalen Kommission im Rathaus Steglitz. Wichtige Tagesordnung.

13. Verwaltungsbezirk (Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichtenrade). Die Notiz über die Funktionärkonferenz in der gestrigen Sonntagsausgabe stand irrtümlich unter Sonntag, den 5. März. Die Sitzung findet heute, Montag, den 6. März, pünktlich 7 Uhr abends bei Streiter, Mariendorf, Chausseestr. 27, Ecke Kurfürstenstraße, statt.

7. Distrikt. Abends 8 Uhr Distriktskonferenz bei Carus, Beilstr. 37. Plakatentwürfe sind mitzubringen. Vorstandssitzung eine halbe Stunde früher.

16. Distrikt und Stralau. Distriktskonferenz bei Koblenzer, Warthagener Str. 17.

19. Distrikt. Abends 7 Uhr wichtige Funktionärkonferenz bei Rabe, Fichtestr. 29.

Tegel. Abends 7 Uhr Sitzung aller Funktionäre.

Neukölln-Britz. Abends 7 Uhr findet im großen Saal von Kliems Festsälen eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Schneider über „Jugendwandern und Jugendherbergen" spricht. Der Neuköllner Lehrergesangverein singt Volkslieder, außerdem Volkstänze und turnerische Aufführungen. Der Eintritt ist frei.

Dienstag, 7. März

Neukölln-Britz. Die Einäscherung unseres verstorbenen Genossen Emanuel Woitzuck (8. Bezirk) findet im Krematorium Baumschulenweg um 1½ Uhr statt.

Lichtenberg-Stadt. Abends 7 Uhr außerordentliche Generalversammlung in der Aula (Parkaue) an der Möllendorffstraße. Tagesordnung: Die Abstimmung unserer Genossen im Reichstag. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Mittwoch, 8. März

6. Verwaltungsbezirk, 17. Distrikt, 7. Abteilung. Zahlabend des Bezirks Petersburger Straße bei Büming, Petersburger Str. 19, der anderen Bezirke bei Busch, Tilsiter Str. 27.

7. Distrikt (Wedding). 2. Abteilung. Zahlabend bei Wehner, Wattstr. 3 und bei Lehmann, Bergstr. 40. Erscheinen aller Genossen erforderlich.

15. Distrikt. 3. Abteilung. Abends 7 Uhr gemeinschaftlicher Zahlabend bei Scholz, Strausberger Str. 3.

15. Distrikt. 4. Abteilung. Abends 7½ Uhr gemeinschaftlicher Zahlabend bei Heinrich, Lange Str. 67-68. Vortrag des Genossen Müller: Die politische Lage.

Lichtenberg-Stadt. 4. Viertel. Gemeinsamer Zahlabend in der Turnhalle Lückstraße 60. Abends 7½ Uhr Vortrag der Genossin Geger: „Was ist Sozialismus?"

Lichterfelde. 7½ Uhr gemeinsamer Zahlabend bei Fleischer, Wilkestr. 7.

Köpenick, Zepernick, Alpenberge und Umgegend. Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Pohle, Siemensstraße. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Genossen zu erscheinen.

Fichtenau. 8 Uhr Zahlabend im Parkrestaurant Mittelstraße.

Vereinskalender

Dienstag, 7. März

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung Südost, Luisen-Theater-Festsäle, Reichenberger Str. 34.

Zentralverband der Steinarbeiter. Bau- und Grabmalbranche. Abends 6½ Uhr Versammlung in Graumanns Festsälen, Naunynstr. 27.

Verantwortlich für die Redaktion Robert Hensel, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kometiner, Berlin. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne
7½: Der fahrende Schüler bannt den Teufel
Der gestiefelte Kater

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
7½ Uhr: **Heuchler**

Staatstheater.
Opernhaus
7 Uhr: Die Zauberflöte
Schauspielhaus
7½ Uhr: Peer Gynt

Deutsches Theater
7½ Uhr: Tartüff
Ein Heiratsantrag

Kammerspiele
8 Uhr: **Anatol**

Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7½: Orpheus i. d. Unterwelt

Theater am Nollendorfplatz
7½ Uhr:
Die Ehe im Kreise

Rotter-Bühnen
Täglich 8 Uhr:
Trianon-Theater
Elga
Täglich 7½ Uhr:
Kleines Theater
Haben Sie nichts zu verzollen?
Residenz-Theater
Eine Frau ohne Bedeutung

Theater des Ostens
„Rose-Theater"
7½ U.: Für tot erklärt
Vorher:
Wegweiser zum Eheglück

Theater i. d. Königgrätzer Str.:
Täglich 7.30 Uhr:
Die wunderlichen Geschichten des Kapellm. Kreisler

Komödienhaus:
Täglich 7.30 Uhr:
Karussell
mit
Maria Orska
Joh. Riemann
Ralph Art. Roberts

Berliner Theater:
Täglich 7.30 Uhr:
Einer von unsere Leut'
Carl Clewing, Oscar Sabo
Leonhard Haskel
Melitta Klefer

Komische Oper
7½ allabendlich 7½
Die große Ausstattungs-Operetten-Revue
Der Herr der Welt

Walhalla-Theater
7½ Uhr:
Der liebe Augustin

Theater a. Kottbuser Tor
Tel.: Mpl. 16077
Tägl. 7½ U. u.
Sig. nach. 3 U.
Elite-Sänger
Hillingen-Konz.
Vok. 11-1½ u. 4-6

7½ **Casino-Theater** 7½
Die neue Berliner Posse
Familie Gänseklein
Stg. 3½: Die letzte Stunde

8 **Apollotheater** 8
Friedrichstraße 218
Naturalistisches Ballett
Der Venusberg
Gastspiel von Paul Beckers

Circus Busch
Tgl. 7½, Stg. auch 3 U.
Neue Sensationen!
Manegeschauspiel
Störtebeker
der Seeräuber
in 8 fesselnden Bildern
Vorh. 10 neue Circus-Sensationen.

Metropol Varieté
Behrenstraße 54.
7½ Uhr
Gastspiel
Arnold Korff
Herbert Kiper
Paul Rehkopf
in der Gesangs-Burleske
„Das Selbstmordhotel"
dazu 8 Schlager

Zeißfeldstecher
5- und 8 fach, kauft ständig
M. Steckelmann,
Berlin W 9, Potsdamer Str. 135 (Lützow 8280)

Metallankaufsstelle Osten, Grüner Weg 80
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Gold-, Silber-, Platin-
Ringe, Ketten, Löffel, **Bruch** Zahngebisse usw.
Brillanten
kaufen stets zu den allerhöchsten Preisen
Gebr. Fuhrmann, Nollendorfstr. 39

Briefwechsel zwischen Schiller u. Lotte — Schiller und Goethe
382 Seiten stark und gut gebunden je 8.— Mk.
Buchhandlung „Freiheit", Berlin C. 2, Breite Straße 8-9

Botenfrauen sofort gesucht
Austragelohn
pro Monat u. Abonnement **M. 4.20**

Hauptexpedition
C. 2, Breite Straße 8-9
Spedition Wengels
O, Cadiner Straße 11
Tour: Liebigstraße
Spedition Werner
Greifswalder Straße 29
Tour: Höchste Straße
Tour: Barnimstraße
Tour: Winsstraße
Spedition Schäfer
W, Gneisenaustraße 79
Spedition Wutzky
Choriner Straße 68
Spedition Stimming
Lichtenberg, Weichselstraße 28
Spedition Sinner
Skalitzer Straße 101
Spedition Wiese
Neukölln, Neckarstraße 3

Ladeneinrichtung
Repositorium, Tombank, Schankapparat mit vollständiger Einrichtung sofort
billig zu verkaufen
Kantine / Breite Straße 8-9

Annahme in allen Speditionen des Verlages — Geschäftsstelle Berlin C 2 Breite Straße 8-9

Kleine Anzeigen

Das Ueberschriftwort 2,50 M., jedes weitere Wort im Text 1,25 M. netto. Stellengesuche: Ueberschriftwort 2.—, jed. weitere Wort im Text 1,50 M.

Verkäufe

Ehe Sie kaufen, besichtigen Sie bitte unsere Riesen-Läger, ohne Kaufzwang, in erstklassigen Herren-Moden, Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covercoats, Streifhosen usw. in unübertroffener Auswahl und Schönheit, zu konkurrenzlos billigen Preisen. Sämtliche Waren sind Ersatz für Maßverarbeitung. Fahrgeldvergütung. Keine Lombardware. Leihhaus Brunnenstraße 6, direkt Rosenthaler Tor.

Auf Teilzahlung. Herrenanzüge, Cutaways, Ulster, Schlüpfer, moderne Maßarbeit. Bequeme, diskrete Ratenzahlung. Seiler Gottlieb, Nollendorfstr. 22a, Nähe Nollendorfplatz. Geöffnet 9—7.

Gelegenheitskäufe. Gute und billige Bücher jeder Art findet man stets in der Buchhandlung Freiheit, Breite Str. 8-9.

Auf Teilzahlung Moderne Herrenanzüge, Cutaways, Streifhosen, Schlüpfer, Ulster. Sämtliche sind Ersatz für Maßverarbeitung. Bequeme, diskrete Teilzahlung. Gebrüder Freniger, Oranienburger Str. 58 (am Oranienburger Tor). Geschäftszeit 9—7.

Metallbetten 200,—, Chaiselongues 100,—, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderbrahtbetten. Meicke, Auguststraße 22a, Quergb.

Central-Leihhaus, Jägerstraße 71, Ecke Kanonierstraße, täglicher Verkauf von hochelegantten Straßen-, Cutaway-, Smoking- und Frackanzügen sowie Schlüpfern und Raglans zu spottbilligen Preisen. (Keine Lombardware).

Gut und billig Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Küchen, reelle Arbeit, billigste Preise, große Auswahl, Windbeck, Möbeltischlerei, Brunnenstr. 162.

Möbel

Teilzahlung. Einzelmöbel, ganze Einrichtungen, bequeme Zahlweise. Möbelhaus Rehfeld, Badstr. 34.

Chaiselongues, Diwandecken 125,00, Tischdecken, wunderbare Wandbehänge. Pappelallee 12.

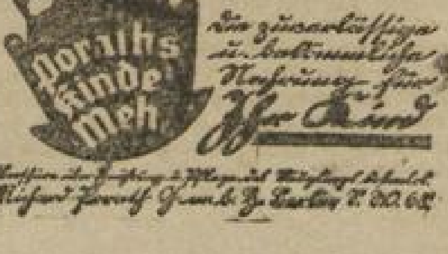
Kaufgesuche

Schellack, Leim, Malerartikel kauft jeden Posten. Farbenkeller, Invalidenstraße 150a (Rosenthaler Platz). Norden 5653.

17000 Mark zahlt wirklich für Pianos. Beigt, Neukölln, Kaiser-Friedrichstr. 58.

Fahrräder

Fahrradankauf, Vinetastr. 19

Mietgesuche

Tausche ruhige Zwei-Zimmer-Gartenhauswohnung in Berlin gegen Vorortwohnung (Wannseebahn od. Zossener Strecke). Offerten „W. K." Hauptexpedition d. „Freiheit", Breite Str. 8/9.